SONNTAG

DER TAGESSPIEGEL

RERUM COGNOSCERE CAUSAS

Wie sie behandelt werden:
Onlinebewertungen von Ärzten
stehen vor Gericht – *Seite 7*

Regiedebüt von Schauspieler Rupert Everett – *Seite 27*
Sternennächte bei den Partys der Berlinale – *Seite 12*
Interview mit „Breaking Bad“-Star Cranston – *Sonntag*

BERLIN, SONNTAG, 18. FEBRUAR 2018 / 74. JAHRGANG / NR. 23 387 WWW.TAGESSPIEGEL.DE BERLIN/BRANDENBURG 2,40 €, AUSWÄRTS 3,20 €, AUSLAND 3,40 €

Der Meeresspiegel steigt...

... und steigt und steigt. Und zwar jedes Jahr stärker als zu Beginn der Satellitenmessungen vor 25 Jahren – und jedes Jahr schneller. Was heißt das, wenn das so weitergeht? – *Seiten 4 und 5*

Foto: Jorge Silva/Reuters

Gabriel warnt: Die Welt steht am Abgrund

Außenminister appelliert in München an Staatschefs, Lösungen für Krisenregionen zu finden – und bewirbt sich um Verbleib im Amt

Von Ingrid Müller und Anna Sauerbrey, München

Mit einer leidenschaftlichen Rede hat sich Sigmar Gabriel (SPD) auf der Münchner Sicherheitskonferenz darum beworben, auch künftig Außenminister zu sein. Er spannte den ganz großen Bogen, um klar zu machen, wie wichtig es sei, dass kein Anfänger ans Ruder komme.

In seiner Rede schreckte Gabriel nicht vor Pathos zurück: Die Welt stehe an einem gefährlichen Abgrund, „denn Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sind derzeit anscheinend die knappsten Güter der internationalen Politik.“ Europa stehe an einer Wegscheide, wie die Welt sie nur alle paar Jahrhunderte sehe. „Es geht wieder um die Freiheit.“ Wenn Europa nicht handele, werde China sein nur auf eigene Interessen setzendes System überall durchzusetzen versuchen. China habe als einziges Land „eine globale geostrategische Idee“ – „vorzuwerfen ist es uns, dass wir als Westen keine eigene Strategie haben, die auf Ausgleich und Werte setzt.“ Um als starker Spieler in der Weltpolitik zu bestehen, müsse Europa sich für das 21. Jahrhundert neu aufstellen. Es brauche eine gemeinsame Strategie und die Instrumente, um sie durchzusetzen. „Das wird sehr anstrengend, vor allem für uns Deutsche“, sagte Gabriel. „Als einziger Vegetarier in einer Welt der Fleischfresser“ werde es nicht gehen – und er meinte damit wohl auch militärische Einsätze.

Moderater als im Wahlkampf äußerte Gabriel Zweifel am Nato-Ziel, jedes Mitglied solle anstreben, bis 2024 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben. Sinnvoller sei es, durch bessere Zusammenarbeit in Europa die Effizienz zu erhöhen. Mit Blick auf die Beziehungen zu den USA war Gabriel deutlich verbindlicher als noch im Dezember. Er betonte die historische Tiefe der Beziehungen und die gegenseitige Abhängigkeit: „Wenn wir prägend sein wollen, müssen wir erkennen, dass die eigene Kraft in Europa nicht ausreichen wird.“

Kopfschütteln unter Beobachtern und Diplomaten erntete Gabriel bei einem Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow. Dort wechselte er in seine Rolle als SPD-Politiker und plädierte für einen schrittweisen Abbau der Russland-Sanktionen, sollte Wladimir Putin einer UN-Blauhelmmission in der Ostukraine zustimmen. Die offizielle Position der Bundesregierung sei das nicht, sagte auch Gabriel. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) bekräftigte prompt: „Die Voraussetzung für den Abbau der Sanktionen ist die vollständige Umsetzung des Minsk-Abkommens“, also der Abzug russischer Truppen aus der Ostukraine. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin reagierte entspannt. „Darüber habe ich mit Sigmar schon oft diskutiert“, sagte er dem Tagesspiegel. „Für uns steht fest: Die richtige Reihenfolge muss eingehalten werden. Zuerst muss Russland etwas Wesentliches leisten.“

Auf den Gängen in München wird klar: Viele internationale Gäste können mit den Ankündigungen der Deutschen wenig anfangen. Für wen sprechen sie, fragen sie sich. „Die Deutschen sind offenbar verwirrt“, sagt eine hochrangige Diplomatin. „Ich werde jetzt beten, dass Deutschland bald eine Regierung bekommt. Es richtet international großen Schaden an, dass Deutschland im Moment keine ernsthaften Entscheidungen treffen kann.“ Und Frankreich allein wird ohne Deutschland den europäischen Motor im Moment nicht anwerfen.

— *Seite 2*

MARTEN STEIN
DIE DRITTE

Berlinale

15. bis 25. FEBRUAR

In Eisenhüttenstadt, ehemals Stalinstadt, ist vor ein paar Tagen schon wieder ein neuer Kinofilm abgedreht worden, der in der DDR der 50er Jahre spielt. Eisenhüttenstadt sieht halt so aus. Für Filmstädte gilt das Gleiche wie für Filmstars, du musst keine Schönheit sein, aber besonders. Ralf Zacher war das Eisenhüttenstadt unter den deutschen Schauspielern.

„Das schweigende Klassenzimmer“ ist der neue Film von Lars Kraume, der vorher „Der Staat gegen Fritz Bauer“ gemacht hat, über den jüdischen Staatsanwalt, der zumindest einige der Mörder von Auschwitz im Westen Deutschlands vor Gericht gebracht hat. Auch diesmal geht es um Zivilcourage und einen Fall, der sich tatsächlich ereignet hat.

1956 beschließt eine Abiturklasse, aus Solidarität mit den Opfern des ungarischen Volksaufstands im Unterricht eine Schweigeminute einzulegen. Der Staat schlägt hart zurück. Haupttäter ist der Bildungsminister. Er beschwört immer wieder den Widerstand gegen den Faschismus und zeigt in einer von Burghart Klaußner grandios gespielten Szene die Narben, die ihm von seiner Gestapohaft geblieben sind. Die Opfer und die Diskriminierten von gestern können die Täter und die Diskriminierer von heute sein, da gibt es leider genug historische Beispiele. Aber wehe, einer spricht es aus. Als ein Schüler die „Gestapomethoden“ der DDR-Behörde anklagt, ahnt man: Für diese Wahrheit rächen sie sich.

Guter Film, an sich. Aber warum sind die Darsteller alle so gut gefönt, warum gleiten ständig blankgeputzte Oldtimer durchs Bild? Eisenhüttenstadt ist super, das restliche Ambiente stimmt irgendwie nicht. Michael Gwisdek und Florian Lukas sind genau ihrem Image gemäß besetzt. Lukas als schwuler Bohemien und Gwisdek als opportunistischer Schuldirektor, umgekehrt also, das hätte eine Prise Überraschung in diese biedere Inszenierung gebracht. Ich dachte spontan: „Sieht wie ein Werbespot für Margarine aus, da hat garantiert das ZDF seine Finger im Spiel.“

Genau so isses.

Die Berlinale hat offiziell die Freilassung von Deniz Yücel begrüßt. Für die Freilassung von Yücel war wirklich fast jeder. Dass die Berlinale dazu eine Art Regierungserklärung abgibt, wirkt seltsam wichtigtuerisch. Ich hoffe doch sehr, dass sie dann auch mal ein bisschen ins Risiko gehen. Warum fordert die Berlinale nicht endlich mal, dass der Berliner Flughafen zeitnah eröffnet wird?

„Die Groko verramscht den Heimatbegriff“

Berlin - Grünen-Chef Robert Habeck hält nichts von den Plänen von Union und SPD, ein Heimatministerium einzuführen. „Die große Koalition verramscht den Heimatbegriff. Das ist nur eine Konzession an die AfD“, sagte Habeck dem Tagesspiegel. Es sei absurd zu glauben, eine Heimatabteilung des Innenministeriums könne die große Verunsicherung zwischen Bankenkrise und den Migrationswellen in der Welt lösen. „Menschen suchen in nervösen Zeiten wie diesen Identität und Halt. Das ist aber in einer Regierung eigentlich eine Querschnittsaufgabe“, sagte Habeck. Die Palette reiche von den Lebensbedingungen im ländlichen Raum über bezahlbaren Wohnraum in den Städten bis zu einem Mindestmaß an sozialer und öffentlicher Sicherung, einem fairen Bildungsangebot und halbwegs intakter Natur. Das Bedürfnis nach einem Zuhause und einem gewissen Maß an Sicherheit habe zugenommen. *ce*

— *Seite 3 und Meinungsseite*

BUNDESLIGA

1. FC Köln – Hannover 96	1:1
SC Freiburg – Werder Bremen	1:0
Hamburger SV – Bayer Leverkusen	1:2
VfL Wolfsburg – Bayern München	1:2
FC Schalke – TSG Hoffenheim	2:1

INDEX

WETTER 2
3/-2 In Berlin und Umgebung ziehen den ganzen Sonntag dichte Wolkenfelder durch. Vereinzelt kann es Regen- oder Schneefälle geben. Die Sonne zeigt sich kaum.
LESERMEINUNG 16
TAGESTIPPS 30
MEDIEN/TV-PROGRAMM 31
IMPRESSUM & ADRESSEN 6

LESERBRIEFE@TAGESSPIEGEL.DE
TEL. REDAKTION ..... (030) 29021-0
TEL. ABO-SERVICE ..... (030) 29021-500
TEL. SHOP ..... (030) 29021-520
TEL. TICKETS ..... (030) 29021-521

ISSN 1865-2263

Fotos: Getty Images/iStockphoto/tarlor und shapecharge

Wohnen in Berlin

Im Notstand gibt es kein Tabu

Von Gerd Nowakowski

Zehn Euro Kaltmiete pro Quadratmeter bei Neuvermietung – diese Zahl schmerzt. Sie ist ein Schock für die Mieterstadt, denn die Angebotspreise von heute sind die Mietspiegelwerte von morgen. Das trifft jeden. Eine Katastrophe für Berlin, wo bald jeder zweite Haushalt wegen eines vergleichsweise geringen Einkommens Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und subventionierte Miete haben wird. Die Zahl der entlastend wirkenden Sozialwohnungen nimmt aber nicht zu – sie nimmt ab. Selbst in den 42 Milieuschutzgebieten, in denen 700 000 Mieter vor Luxussanierung und Verdrängung geschützt sein sollen, wird bei Neuvermietung zugelangt.

Eines ist überdeutlich: In der Boomtown sind die bisherigen Instrumente zu stumpf, um die Mieten zu begrenzen. Die eh zahnlose Mietpreisbremse gilt außerdem nicht für Neubauten, nach umfassender Sanierung von Altbauten oder für möblierte Wohnungen. Mit der Pflicht zur energetischen Sanierung ist der Gesetzgeber sogar selber Preistreiber, weil die Kosten auf die Mieter umgewälzt werden.

Schneller bauen, einfacher bauen, billiger bauen – nur dann wird es besser. Bauherrn klagen häufig, dass sie in den Bezirken mit ihren Projekten gegen eine ablehnend-feindliche Haltung ankämpfen müssen – und deswegen lieber in Brandenburg bauen. Die neue Koordinierungsstelle im Senat, die Projekte im Konfliktfall schneller beschließt, ist ein richtiger Schritt. Eine Sondersteuer auf Bauland könnte den Druck erhöhen, schneller mit Bauprojekten zu beginnen, statt abzuwarten und auf Wertsteigerungen zu setzen. Dass jede fünfte Wohnung nicht errichtet wird, weil Baugenehmigungen spekulativ mehrfach weiterverkauft werden, könnte eine Befristung der Genehmigungen verhindern.

Geeignete Flächen wie die Elisabethaue in Pankow oder den Rand des Tempelhofer Felds nicht zu bebauen, kann sich Berlin nicht mehr leisten. Gerade in der Innenstadt besitzt das Land zu wenig Grundstücke – dort braucht es zwingend die privaten Bauherrn. Investoren aber mit dem Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung zwingen zu wollen, jeweils 30 Prozent der Wohnfläche in Neubauten für Geringverdiener verbilligt zu reservieren, läuft oft ins Leere. Das geht nur, wenn es einen Bebauungsplan gibt, der aber fehlt häufig, weil die Bauämter überlastet und personell ausgeblutet sind.

Wohnungen könnten billiger werden – durch die günstige Abgabe landeseigener Grundstücke jenseits des S-Bahn-Rings nicht nur an städtische Wohnungsbaugesellschaften, Wegfall der strengen Traufhöhe oder der erleichterten Aufstockung von Altbauten. Seit Jahren fordern Architekten den Verzicht auf kostentreibende Auflagen und überzogene Bau-Normen. Warum nicht durch private Unternehmen Baugenehmigungen erteilen, um Ämter zu entlasten und Projekte zu beschleunigen? Und mehr Mut zu modularen Bauten, auch wenn da mancher an DDR-Platte denkt. Im Notstand darf es kein Tabu geben.

Der Preis ist der soziale Frieden der Stadt. Ein Gemeinwesen ist nicht zukunftsfest, wenn auf dem entfesselten Immobilienmarkt die Schere zwischen steigenden Mieten und realen Einkommen immer größer wird. Für den Senat geht es angesichts dieser dramatischen Lage um die Glaubwürdigkeit der Politik, 28 Jahre nach dem Mauerfall in den Kiezen eine neue Spaltung der Stadt zu verhindern. Nur dafür ist kein Preis zu hoch.

ANZEIGE

MICHAEL SCHICK IMMOBILIEN
WE LIVE INVESTMENT.
www.schick-immobilien.de